

werden darum Sie und Halle an der Saale ganz gewiß in freundlicher Erinnerung behalten.

Herr Professor Paraskewopoulos, wir haben Sie gebeten, uns zur systematischen Demontage des Mittelstandes in der DDR und den damit zusammenhängenden Problemen heute einführend ein Referat zu halten. Ich bitte Sie ums Wort.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren der Enquete-Kommission. Es ist für mich eine Ehre, heute hier referieren zu dürfen. Eine Ehre deshalb, weil ich als nicht echter Deutscher (ich bin naturalisierter Deutscher, inzwischen auch naturalisierter Ossi, da ich seit 1991 in Ostdeutschland bin) die Thematik, mit der wir es heute zu tun haben und allgemein das Thema Zentralverwaltungswirtschaft und ihre Folgen, jahrelang als Forschungsthema bearbeitet habe. Deshalb freue ich mich, heute etwas über den Mittelstand und seine Entwicklung in der ehemaligen DDR sagen zu dürfen. Wie ich sagte, ich bin naturalisierter Deutscher, ich lebe seit 1961 in Deutschland, ich habe in Deutschland studiert und meine berufliche Laufbahn auch hier gemacht und wie Sie sehen, ich bin hiergeblieben und freue mich darüber. Vielleicht ist es auch gut, daß ich über dieses Thema rede. Ich möchte sagen, daß ich etwas neutraler sein kann und nicht so emotionell rede wie ein echter Deutscher, eventuell ist das auch ein Pluspunkt, das werden wir nachher sehen. Zum Mittelstand, für diejenigen, die sich mit dieser Thematik nicht beschäftigen, vielleicht ein paar einführende Bemerkungen:

Der Mittelstand allgemein in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist die Basis der Volkswirtschaft. Über 70 % leistet der Mittelstand sowohl im Bereich des Bruttoinlandsprodukts, aber auch was den Bereich der Beschäftigung anbetrifft. Die Lebensbasis einer Volkswirtschaft, die marktwirtschaftlich strukturiert und orientiert ist, ist der Mittelstand. Dieser Mittelstand war in Mitteldeutschland bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sehr ausgeprägt und Mitteldeutschland war die Region Deutschlands, die eine Spitzenposition in Deutschland gehabt hat, was die industrielle Leistungsfähigkeit anbetrifft. Ein paar Zahlen, um das zu verdeutlichen:

Die durchschnittliche industrielle Leistung je Einwohner war 1939 in Mitteldeutschland nicht nur höher als die durchschnittliche industrielle Leistung in Gesamtdeutschland, sondern auch höher als die Leistung Westdeutschlands. Im einzelnen betrug die industrielle Nettoproduktion im Jahr 1939 pro Kopf der Bevölkerung in Berlin 855 Reichsmark (RM), in Mitteldeutschland 725 RM, im Gebiet der alten Bundesländer ohne Berlin 609 RM. Im Gebiet östlich der Oder/Neiße 249 RM und der Durchschnitt Gesamtdeutschlands war 600 RM. Das Gebiet Mitteldeutschland, ehemaliger Raum DDR, lag mit 725 RM also weit über dem Durchschnitt.

Diese kurzen einleitenden Bemerkungen sollten zum einen das Ausmaß der Folgen der Abkoppelung der mitteldeutschen Wirtschaft von der marktwirt-

schaftlichen und der technologischen Entwicklung Westdeutschland andeuten, und zum anderen auch zeigen, daß man es hier eindeutig mit systembedingten Entwicklungen zu tun hat, die zu der wirtschaftlichen Rückständigkeit geführt haben. Die steht im Gegensatz zu der immer wieder vorgebrachten Auffassung, es habe nicht das System, sondern die Menschen hätten irgendwie versagt. Das stimmt nicht, wir haben es mit einer systembedingten Rückständigkeit zu tun.

Fehler bei wirtschaftlicher Planung, Irrtümer oder auch das individuelle Versagen einzelner können nur dann zu volkswirtschaftlichen Störungen führen, wenn sie eine Massenerscheinung werden. Dies kann man nicht ernsthaft für die Erwerbsbevölkerung und für die verantwortlichen Manager der ehemaligen DDR behaupten. Die wirklichen Ursachen liegen tief in dem praktizierten Wirtschaftssystem einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, das die Menschen zwingt, zwar einzelwirtschaftlich, nicht aber gesamtwirtschaftlich rational zu handeln.

Den Grundstein für diese wirtschaftliche Rückständigkeit hat die sowjetische Besatzungsmacht 1945 gelegt. Bereits in dieser Zeit der unmittelbaren Besetzung durch die Sowjetunion (1945-1949) hat man auf dem Gebiet Mitteldeutschlands [sowjetische Besatzungszone (SBZ)] mit der schrittweisen Einführung eines Wirtschaftssystems einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischer Prägung begonnen, welches später mit der Gründung der DDR (1949) seine massive Fortsetzung fand.

Mit der Einführung der Zentralverwaltungswirtschaft wurden sowohl die ordnungspolitische Gestaltung des Wirtschaftssystems als auch das wirtschaftspolitische Entwicklungsmuster in der ehemaligen DDR festgelegt. Die hiermit verwirklichte Zentralisierung der Willensbildung wirtschaftlicher Art wirkte sich unvermeidlich auf alle Lebensbereiche aus.

Ordnungstheoretisch und -politisch betrachtet wurde dies durch die Konstituierung einer hierarchisch gegliederten staatlichen Organisation, die für die Planung, Allokation und Kontrolle der Güterproduktion und -verteilung verantwortlich war, erreicht.

Damit waren auch de facto die staatliche Kontrolle und weitgehend auch die Verfügung über das Produktionsmitteleigentum eingeführt.

In dieser wirtschaftspolitischen Konzeption einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischer Prägung war bereits die dominante Unternehmensform des „Staatsbetriebes“, des sogenannten volkseigenen Betriebes (VEB), in allen Bereichen der Volkswirtschaft angelegt.

Entsprechend diesem Modell haben bereits 1945 die Sowjets mit Enteignungen, vor allem des NS-Vermögens sowie der Banken und Sparkassen, der Versicherungen und der Betriebe des Energiesektors, begonnen. Auch landwirtschaftliches Großvermögen über 100 ha wurde in dieser Zeit entschädigungslos enteignet und verstaatlicht.